

Der deutsche Euroausstieg - Ein Szenario

Die Eurokrise ist vor kurzem ein Jahr alt geworden. Herzlichen Glückwunsch !

Gegen Ende des Jahres 2009 trat der neugewählte griechische Ministerpräsident Papandreou vor die Öffentlichkeit und beichtete, dass das griechische Staatsdefizit im Jahr 2009 12,7 % sowie die gesamte Staatsschuld ca. 112 % vom BIP beträgt und somit die Statistiken bis dahin massiv gefälscht wurden. Dies war für die meisten europäischen Politiker im Grunde nicht neu, wusste man doch, dass beinahe jedes Land bei der Euro-Einführung irgendwie gemogelt hat. Nun war es aber öffentlich und die Finanzmärkte reagierten. Die Risikoaufschläge für griechische Staatsanleihen und die Kreditversicherungen explodierten förmlich, sodass ein Überrollen der Staatsschulden deutlich teurer, wenn nicht gar unmöglich wurde.

Die EU-Kommission stellte den griechischen Haushalt im Februar 2010 unter ihre Kontrolle und forderte das Staatsdefizit bis Ende 2012 auf unter 3 % vom BIP zu senken. Es half nicht! Die Zinsen und die Kreditversicherungen stiegen weiter, gleichzeitig stuften Ratingagenturen Griechenland um mehrere Stufen ab, womit die Wahrscheinlichkeit eines Staatsbankrotts anstieg.

Im März beschlossen die Euroländer, Griechenland durch einen Notfallplan zu helfen, nach dem bilaterale Garantien die Liquidität Griechenlands sicherstellen sollten. Es folgte im Mai das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz und kurz darauf der 750 Mrd. € schwere Rettungsfond.

Im September war der nächste Kandidat an der Reihe, Irland.

Irland und Griechenland unterscheiden sich in ihren Fundamentaldaten enorm, Irland hatte bis vor kurzem eine vorbildlich niedrige Staatsverschuldung. Die irischen Banken haben sich in der Immobilienhaussse stark übernommen, sind hoch verschuldet und waren kurz davor zusammenzubrechen, was in der Konsequenz den Euro zerstört hätte. Der irischen Regierung blieb nichts anderes übrig, als diese Institute zu verstaatlichen und für deren Schulden zu haften. Erst dadurch stieg die irische Staatsverschuldung, die im Jahr 2007 bei 25 % des BIP lag, auf unglaubliche 100% des BIP Ende 2010. Ein gigantischer Anstieg binnen kürzester Zeit.

Man sollte aber in beiden Fällen hinzufügen, dass die Rettungen weniger dem Land und den Bürgern zu Gute kommen, als den europäischen Banken. Diese wären im Falle der Zahlungsunfähigkeit beider Kandidaten binnen Stunden gekippt und der Euro am Ende.

Deutschland zögert bei den Rettungsmaßnahmen

Die deutsche Regierung unter Merkel hat bei den Rettungsplänen eine sehr eigenartige Rolle eingenommen. Sie hat in beiden Fällen lange gezögert den Rettungsmaßnahmen zuzustimmen, was den Anstieg der Risikoprämien bei Staatsanleihen und Kreditversicherungen weiter anheizte und damit die Höhe der Hilfen unnötig verteuerte. Kurz vor Griechenlands „Quasi-Bankrott“ forderte Merkel, Defizitsünder aus dem Euro auszuschließen, was die Krise weiter beschleunigte. Denn es gibt erstens keine rechtliche Handhabe ein Euro-Mitglied auszuschließen und zweitens würde eine fiktive, neue Drachme binnen kürzester Zeit drastisch abwerten-die Staatsschulden in Euro aber im selben Atemzug drastisch aufwerten. Griechenland wäre dann genauso schnell bankrott und damit auch die deutschen Banken.

Die Forderung nach dem Rauswurf der Defizitländer ist also sinnlos und hat nur die Kosten erhöht.

Im Falle Irlands hat Merkel auf dem Höhepunkt der Spekulation ebenso Öl ins Feuer gegossen, in dem sie von den Haltern der Staatsanleihen forderte, sich im Falle eines Staatsbankrotts an der Restrukturierung finanziell zu beteiligen. Die Reaktion der Finanzmärkte ließ nicht lange auf sich warten, es wurden noch mehr Staatsanleihen auf den Markt geworfen, die Risikoaufschläge und Kosten für Ausfallversicherungen stiegen weiter.

Merkel hat die Kosten für die irische Rettung in die Höhe getrieben.

Als deutscher Bürger finde ich ihre Forderungen natürlich sinnvoll, schließlich gibt sie deutsche Steuergelder aus. Aber der Zeitpunkt war falsch, anstatt die Kosten niedrig zu halten, hat sie genau das Gegenteil erreicht.

Spardiktate bei den Defizitländern

Beiden Ländern wurde außerdem ein beinahe unrealistisches Spardiktat auferlegt, was die Staaten geradewegs in eine schweren Rezession, wenn nicht gar Depression schickt. Ein sinkendes BIP und wachsende Schulden erhöhen die Schuldenquote weiterhin und machen den Bankrott unausweichlich, welcher angeblich verhindert werden soll.

Aber auch die nächsten potentiellen Pleitekandidaten wie Italien, Spanien, Portugal und Belgien haben sich schon eigene Spardiktate auferlegt, da sie längst im Visier der Finanzmärkte sind. Sie haben natürlich wenig Lust ihre finanzielle und wirtschaftliche Hoheit an die EU und den IWF abzutreten, insofern hat die harte Behandlung von Griechenland und Irland zumindest eine abschreckende Wirkung.

Nur auch das wird nicht helfen, da bei den o.a. potentiellen Kandidaten die Wirtschaft tlw. wieder in die Rezession abtaucht und somit die Schuldenquote, trotz Einsparungen, weiter steigt. Eine steigende Schuldenquote erhöht aber die Kosten für die Neuverschuldung und es muss noch mehr gespart werden.

Die Folgen sind: niedrigere Staatsausgaben, dadurch weniger Umsätze und Gewinne in den Unternehmen, was zu Entlassungen, Lohnkürzungen und sinkenden Sozialausgaben führt. Der Staat hat dadurch weniger Steuereinnahmen und muss wieder einsparen. Ein klassischer Teufelskreislauf!

In Anbetracht der europaweit existierenden Bürokratie und Verschwendung kann man dem Ganzen noch etwas positives abgewinnen, allerdings sollte man bedenken, dass die einfachen Menschen die Hintergründe nicht verstehen, sie das auch nicht verursacht haben und dennoch hauptsächlich die Folgen schultern müssen.

Die Situation ist wirklich verfahren, die Rettungsmaßnahmen wenden keinen Staatsbankrott ab sondern verzögern ihn nur, allerdings zu hohen Kosten. Auch die deutschen Banken, welche nach offiziellen Zahlen mehr als 600 Milliarden € (in Wahrheit ist es deutlich mehr) an die Südschiene ausgereicht haben, werden nicht gerettet. Die Summen sind zu groß, niemand hat soviel Geld oder kann es sich borgen.

Es wird lediglich Zeit gekauft!

Euro - Untergangsszenarien in der Presse

Derzeit werden selbst in den Mainstream Medien mehrere diesbezügliche Szenarien angedeutet. Eine Möglichkeit wäre der Austritt der Pleitekandidaten, eine weitere ist die Aufspaltung der Eurozone in einen Nord- und einen Südeuro sowie ein einseitiger Austritt Deutschlands.

Das Szenario des Austritts eines PIGS kann wegen der Realitätsferne sofort verworfen werden, dieses Land könnte sich einen Austritt schlichtweg finanziell nicht leisten, denn seine in Euro lautenden Staatsschulden würden gegenüber einer neuen Weichwährung sofort aufwerten und wären damit unbezahlbar. Ein Staatsbankrott binnen Stunden wäre die Folge !

Das zweite Szenario ist politisch nicht durchsetzbar, denn spätestens bei Belgien, das eine Schuldenquote von mehr als 100 % vom BIP aufweist und als Staat gerade in Auflösung begriffen ist, wird eine Zuordnung in Nord- oder Südeuro schon sehr schwierig. Außerdem gehört Frankreich aufgrund seiner wirtschaftlichen und finanziellen Fundamentaldaten eher zur Südschiene. Was selbstverständlich in Frankreich anders gesehen wird.

Das Stichwort Frankreich !

Frankreichs Wirtschaft hat die Folgen der dritten Ölkrise nur sehr schlecht verarbeitet, es kämpfte mit wachsenden Staatsschulden, einer hohen Inflation und einer steigenden Arbeitslosigkeit im Jahr 1980.

François Mitterrand wurde 1981 Premierminister in Frankreich. Er war der erste sozialistische Premierminister der fünften Republik und betrieb eine starke nachfrageorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik. Er führte Mindestlöhne und Familienbeihilfen ein, setzte Rentenerhöhungen durch, verkürzte die Arbeitszeit und verstaatlichte Unternehmen und Banken.

Das war mit hohen Kosten verbunden, da die positiven wirtschaftlichen Effekte nur von kurzer Dauer waren und sich die Ausgaben nicht amortisierten. Die Staatsverschuldung stieg weiter und belastete mittlerweile den Kurs des französischen Franc. Bereits 1982 senkte er viele Ausgaben wieder, erhöhte die Steuern und verschärfte Kapitalverkehrskontrollen um die eigene Währung zu stützen.

Doch die Lage blieb ernst!

Die Arbeitslosigkeit, das Defizit der Handelsbilanz und des Staatshaushalts sowie die Inflation stiegen, hingegen nahmen Wachstum und Produktivität ab. Die Folge waren noch stärkere Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen wie: Lohn-Preisstopps, nochmals verschärfte Kapitalverkehrskontrollen und mehrmalige Währungsabwertung.

Mitterrands Wirtschafts- und Finanzpolitik drohte im Chaos zu versinken.

1983 sah er sich gezwungen eine Politik der Inflationsbekämpfung, die so genannte „wettbewerbsorientierte Preisstabilisierung“ zu verfolgen. Sie bestand in drei verschiedenen Maßnahmen: erstens von der Koppelung der Löhne an den Lebenshaltungskostenindex abzurücken, zweitens den französischen Franc an die Deutsche Mark zu binden und drittens die Wirtschaft durch Privatisierung und Deregulierung zu liberalisieren.

Der entscheidende Punkt war die Bindung des Franc an die DM. Dies war für die große, selbstbewusste Nation eine Schmach. Mussten sie doch sämtliche Schritte der deutschen Bundesbank nachvollziehen und sahen sich der deutschen Finanzpolitik ausgeliefert. Aber das war eben der Preis für das Vertrauen der Finanzmärkte in die französische Währung.

Mitterrand wollte sich aber gar nicht mit der deutschen Führung abfinden und sah 1989 die Möglichkeit die deutsche Dominanz abzuschütteln. Deutschland benötigte Frankreichs Zustimmung, für die Wiedervereinigung, die Frankreich nur geben wollte, wenn Deutschland die DM aufgibt ; das Ergebnis ist bekannt.

Die Aufgabe der DM war der Preis für die Wiedervereinigung!!!

Für Frankreich war die Einbindung der DM in den Euro ein überwältigender Sieg, Mitterrand hat den Franc aus der DM-Bindung befreit und kann sogar, durch den jetzigen EZB-Präsidenten J.C. Trichet, auch noch Deutschlands Währungspolitik mitbestimmen.

Deutsch - französische Freundschaft im Wortlaut

Gerard Bökenkamps Artikel,
[Französische Deutschlandpolitik: Die Deutsche Mark ist gewissermaßen ihre Atomstreitmacht](#) ,
entlarvt das Freundschafts-Geschwätz deutscher und französischer Politiker.

Gegenüber dem spanischen Ministerpräsidenten Filipe Gonzalez erklärte Mitterrand am 25. August 1987:

„Natürlich wehren sich die Deutschen dagegen. Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass sie, weil sie keine ihrer Wirtschaft entsprechende diplomatische Macht besitzen, ihre Dominanz in die Wirtschaft verlagern, deren offenkundiger Ausdruck die Währung ist. In der Mark spiegelt sich die Macht der Deutschen wider. Das ist eine sehr starke Triebkraft, weit stärker als die Reflexe der Banker und sogar als die der Politik.“

Vor dem Ministerrat erklärte der französische Staatspräsident am 17. August 1988:

„Die Deutschen sind ein großes Volk, das gewisse Attribute der Souveränität entbehrt und einen verminderten diplomatischen Status genießt. Deutschland gleicht seine Schwäche durch seine ökonomische Stärke aus. Die Deutsche Mark ist gewissermaßen ihre Atomstreitmacht.“

Am 30. März 1989 fragte Mitterrand im Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsident Ciriaco de Mita:

„Wie können wir die Deutschen dazu bringen, Fortschritte auf dem Weg zur Währungsunion zu akzeptieren? Ich habe den Eindruck, dass sie, wenn sie die Garantie hätten, dass die Währungsunion ihre gesunde wirtschaftliche Verfassung nicht gefährdet, bereit wären, sich zu bewegen. Ich zögere aber, dieses Zugeständnis zu machen.“

Gegenüber der britischen Premierministerin Thatcher erklärte der französische Präsident:

„Deutschland wird, nachdem die Schwierigkeiten der Vereinigung überwunden sind, wahrscheinlich stärker werden, aber ich denke, dass diese Macht durch die Europäische Union und nur durch sie eingedämmt werden kann. Ich sehe daher anders als Sie in den Unruhen im Osten einen Grund mehr, die Union zu verwirklichen. Ohne eine gemeinsame Währung sind wir alle – Sie und wir – dem Willen der Deutschen unterworfen. Wenn sie ihre Zinssätze anheben, müssen wir ihnen folgen, und Sie, die sie nicht dem Währungssystem angehören, tun dasselbe. Mitreden können wir nur, wenn es eine europäische Zentralbank gibt, wo gemeinsam entschieden wird.“

Gegenüber Außenminister Genscher bemerkte er:

„Wir werden in die Welt von 1913 zurückfallen.“

In Gesprächen mit Thatcher bekräftigte Mitterand seine Absicht, dass Deutschland sich auf die „Einkreisung“ in Europa gefasst machen müsste. !!!

Die deutsche Seite war mit dem Zwang zur schnellen Euroeinführung überhaupt nicht glücklich, man war zwar grundsätzlich für eine gemeinsame europäische Währung, allerdings erst nachdem die Wirtschafts- und Sozialpolitik angeglichen worden ist und vor allem erst in entfernter Zukunft.

Deutschland hat daraufhin eine harte Währungspolitik eingefordert, der Euro sollte so stark wie die DM sein, die EZB in Frankfurt angesiedelt werden und ein Hartwährungsnotenbanker sollte der erste EZB-Präsident werden (Wim Duisenberg), zusätzlich wurden Konvergenzkriterien eingeführt, nach denen die Zunahme der Staatsschulden begrenzt werden sollte.

Deutschland stellte Maximalforderungen und sie wurden fast vollständig erfüllt, dennoch wurde es zur Aufgabe seiner harten Währung gezwungen. Wir können davon ausgehen, dass die deutsche Politik diese Erpressung nicht vergessen hat und daher die bedingungslose Euroliebe im Kabinett eher eine Nebelkerze ist.

Die wirtschaftliche Situation nach der Euro-Einführung

- in Europa

Als der Euro im Jahre 2002 als alleiniges, gültiges Zahlungsmittel eingeführt wurde, befand sich Europa in der Rezession, die dem Zusammenbruch der Dotcom-Blase geschuldet war.

Im Gegensatz zu Deutschland, erholten sich ehemalige Weichwährungsländer sehr schnell, die Zinskosten für Kredite befanden sich plötzlich auf dem vormaligen deutschen Niveau. Kredite waren für diese Verhältnisse sehr günstig. Die Südschiene verschuldete sich über alle Maßen, es setzte ein Bau- und Tourismusboom ein, sodass man bald vom spanischen Musterschüler oder keltischen Tiger sprach. Die Wirtschaft wuchs rasant.

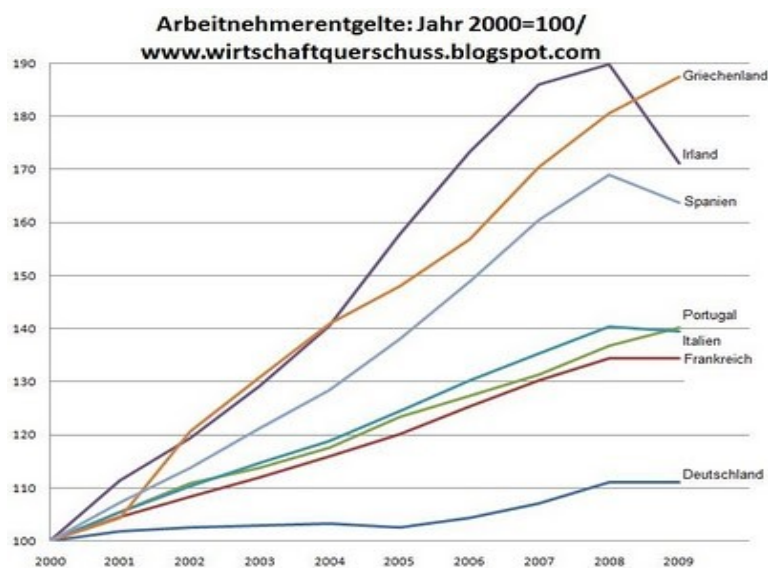
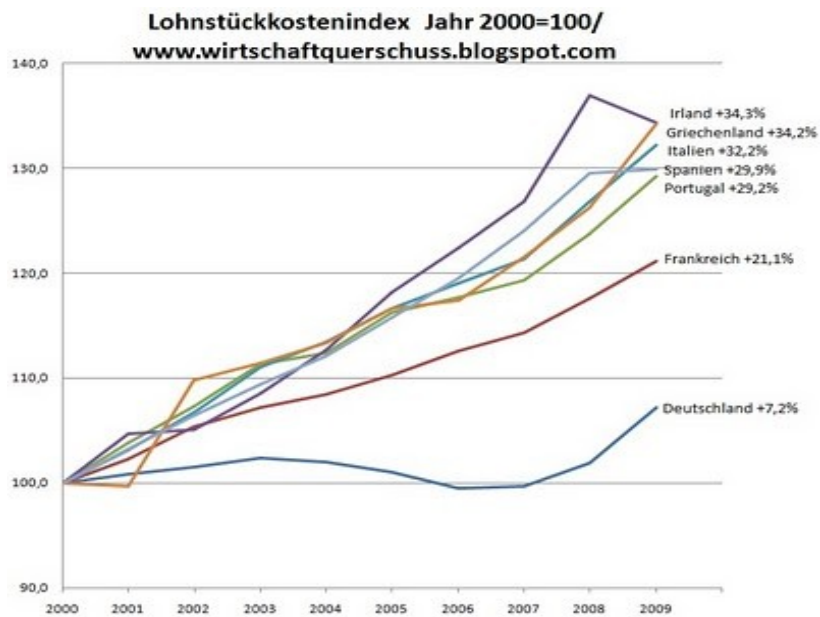
- in Deutschland

Nur Deutschland kam irgendwie nicht voran, medial wurde hierzulande eine Untergangssau nach der anderen durchs Dorf getrieben. Kanzler Schröder initiierte eine Reihe von Maßnahmen um Deutschland wieder auf den Wachstumspfad zu bringen. Dazu gehörten die Auflösung der Deutschland-AG (gefördert durch steuerfreie Veräußerungsgewinne), die Agenda 2010 und eine hohe Verschuldung jenseits der ehemals geforderten Konvergenzkriterien.

Die Agenda 2010 hat v.a. die Lohnkosten in Deutschland gesenkt, die Arbeitnehmer wurden in Angst gehalten um Lohnabschläge zu erdulden und Tarifabschlüsse „moderat“ zu gestalten.

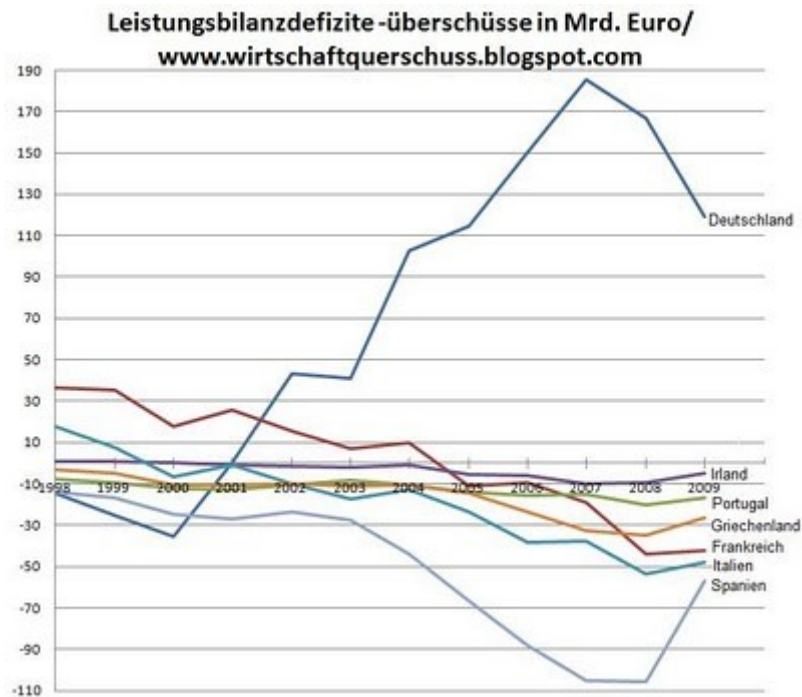
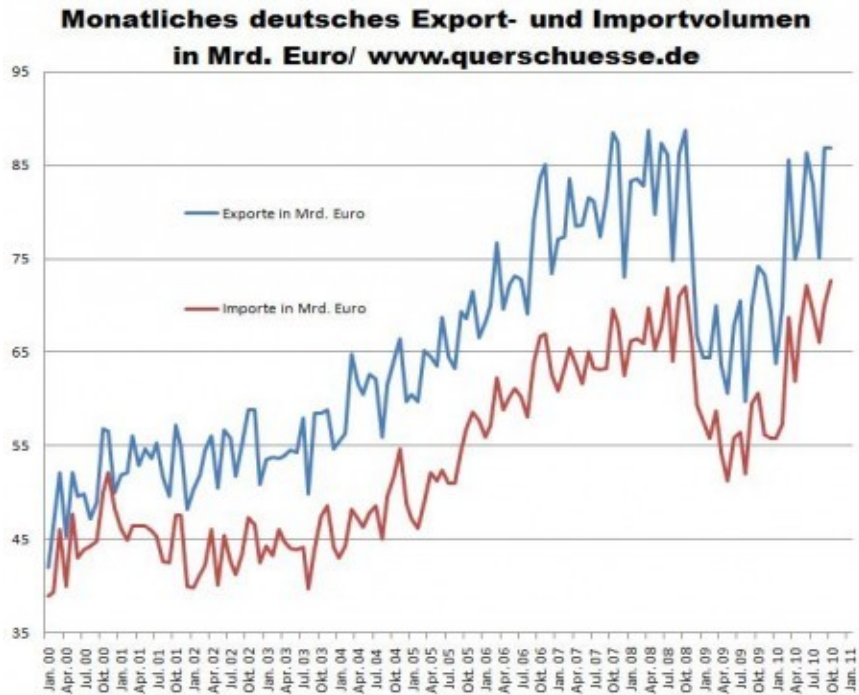
Durch Hartz I bis IV, Abschaffung der Sozialhilfe, Lockerung des Kündigungsschutzes, Förderung der Leiharbeit, Rente mit 67 und anderen Maßnahmen wurden die Lohnstückkosten in einem Masse gesenkt, das normalerweise in Friedenszeiten unmöglich ist.

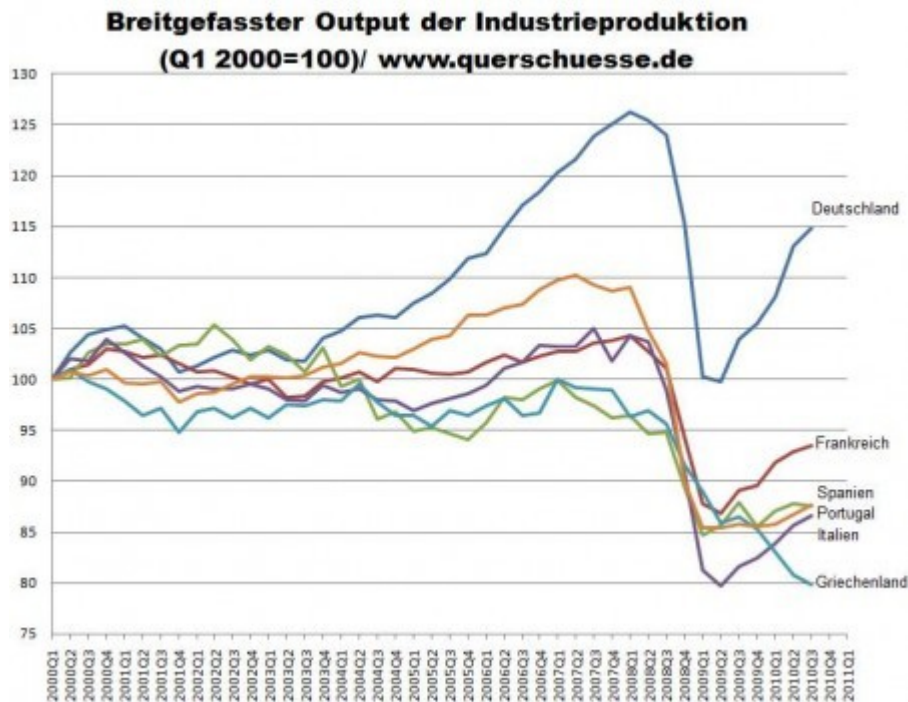
Folgende Graphiken verdeutlichen das Ausmaß.



In der Folge hat Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit enorm gesteigert, was sich im steigenden Export, einem steigenden Leistungsbilanzüberschuss und einer stark wachsenden Industrieproduktion niederschlägt.

Auch hierzu einige Graphiken.





Man erkennt sehr genau, dass die jeweiligen Werte für Deutschland ab dem Jahr 2003 erst richtig anfangen zu steigen, genau im selben Zeitraum, in dem in Deutschland eine starke Lohnstückkostensenkung eingeleitet wurde. Dieser Weg der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit wird stets dann eingeschlagen, wenn eine Währungsabwertung nicht möglich ist.

Deutschland zerstört die Industrie der Südschiene

Deutschland hat in den letzten 7 Jahren seine Exportwirtschaft ausgebaut, und wie man den Graphiken entnehmen kann, zu Lasten der Südschiene. Die Industrie im Süden ist größtenteils nicht mehr wettbewerbsfähig und wurde durch die deutsche Industrie verdrängt bzw. in den Konkurs geschickt.

Der „breitgefaste Output der Industrieproduktion“ zeigt sehr deutlich, dass nur Deutschland heute mehr produziert als im Jahr 2000. Frankreich, Spanien, Portugal, Italien und Griechenland haben heute eine geringere Industrieproduktion als vor 10 Jahren, sie haben ihre Industrieunternehmen vernachlässigt und Deutschland das Feld überlassen.

Zusammenfassend kann man zu dem Schluss kommen, dass Deutschland sehr viel Kraft aufgewendet hat, um die Süd-Industrie zu marginalisieren und die Süd-Wirtschaften von deutschen Industriegütern abhängig zu machen. Der deutschen Regierung war bewusst, dass die deutsche „Abwertungspolitik“ enorme Spannungen im Euro-Raum verursacht und sie dennoch gefördert. Zusätzlich hat Deutschland demonstrativ die 3 % Grenze der jährlichen Neuverschuldung wiederholt gerissen und somit die Konvergenzkriterien quasi außer Kraft gesetzt, zumindest sandte sie die verdeckte Botschaft an die Südschiene:

„Ihr könnt Euch ruhig verschulden, ohne Sanktionen zu befürchten!“

Zurück zu den Euro-Untergangsszenarien.

Ein PIGS wird nicht aussteigen können, da der Staatsbankrott sofort realisiert würde. Die Aufspaltung in Nord- und Süd-Euro wird an Frankreich scheitern, denn es würde dem Nord-Euro beitreten wollen, da Deutschland aus französischer Sicht nieder gehalten werden muss. Wirtschaftlich gehört Frankreich aber eindeutig in die Südschiene!

Es bleibt also nur der einseitige Austritt Deutschlands übrig!

Doch die deutschen Eliten dementieren, sie argumentieren mit einem drohenden drastischen Exporteinbruch, der Entwertung deutscher Sparanlagen und einem Rückfall in die Kleinstaatlichkeit.

Sie bemühen sich nach Kräften als Retter des Euro aufzutreten.

In Wahrheit tun sie das eben nicht, denn die deutsche Abwertungspolitik und die demonstrative Ignoranz der Konvergenzkriterien haben die Spannungen erst verursacht. Das deutsche Zögern bei den Rettungsmaßnahmen hat die Kosten dieser erhöht und in der Folge zu gewaltigen Sparmaßnahmen in den Defizitländern geführt. Mittlerweile geht der deutsche Export in diese Volkswirtschaften deutlich zurück, davor hat die deutsche Presse aber gewarnt, sollte die alte DM wieder eingeführt werden. Dabei wird das gerade Realität, obwohl wir den Euro noch haben.

Die Argumente und Handlungen der deutschen Regierung ergeben, unter dem Gesichtspunkt der Rettung des Euro, keinen Sinn.

Die Intention der deutschen Regierung

Unterstellen wir unserer Regierung hingegen **Absicht**, den schwachen Ländern eine Sparorgie zu verordnen und diese geradewegs in die Depression zu schicken, dann ergibt das einen Sinn!

Das hätte aus deutscher Sicht nämlich zwei Vorteile.

Erstens müssen in einer Depression viele Unternehmen Konkurs anmelden, die Industrien der Südschiene sind schon geschwächt und nicht wettbewerbsfähig. Das Spardiktat zerstört die letzten Reste der Industrie und macht die Wirtschaft von deutschen Produkten abhängig.

Deutschland hinterlässt zwar damit verbrannte Erde aber kann im Falle des einseitigen Austritts aus dem Euro, zumindest Teile des Exports retten.

Der zweite große Vorteil der daraus erwächst, so makaber es klingt, sind Volksaufstände in den Depressionsländern.

Die Bürger erhöhen den Druck auf die Regierung, den Euro zu verlassen.

Was zwar so nicht geht, denn es droht ja der sofortige Staatsbankrott aber der Druck der PIGS-Bürger wird dazu führen, dass Deutschland GEBETEN wird auszusteigen.

Dies ist die einzige Möglichkeit für alle Beteiligten, den geordneten Rückzug anzutreten.

Die Folgen des deutschen Ausstiegs

Die PIGS würden nicht sofort bankrott gehen, da ihre in Euro laufenden Staatsschulden nicht aufgewertet würden. Sie hätten somit ausreichend Zeit die Staatsschulden zu stunden oder Teile dessen zu restrukturieren.

Deutschland würde durch eine neue Währung seine eigenen Schulden halbieren oder gar dritteln, denn die DM würde aufgewertet und die, in Euro lautenden, Schulden abgewertet werden.

Der Export geht zurück, sicher!

Die Schweiz und Norwegen sind ebenso Hartwährungsländer und exportieren trotzdem, das sollte also auch Deutschland möglich sein.

Zumal es unsinnig ist, jahrelang zu exportieren und den Kredit, den der Käufer benötigt um zu bezahlen, gleich mitzuliefern.

Die bisher vergebenen Kredite, mit denen die Defizitländer unsere Waren bezahlt haben, müssen abgeschrieben werden. Das Geld ist weg und somit auch der Großteil der deutschen Sparguthaben, denn diese Guthaben wurden als Kredit an die Südschiene ausgereicht.

Irgendwer muss dies aber den Bürgern irgendwie erklären!

Dafür gibt es zwei realistische Möglichkeiten, erstens man führt eine neue DM ein und setzt einen Haircut zeitgleich durch. Was man in verschiedenen Umtauschkursen verstecken kann, indem für laufende Zahlungen 1:1 getauscht wird und für Sparanlagen ab einer gewissen Summe z.Bsp. 1:10 Eine weitere Möglichkeit wäre, den Bürgern die Wahl zu lassen und ihnen reinen Wein einzuschenken.

Ich weiß, das klingt erstmal wie ein schlechter Witz.

Aber, unter der Bedingung, dass auch in Deutschland der Druck der Bürger auf die Regierung zunimmt und auch die Hofberichterstatter mittlerweile eine neue DM andeuten, muss die Politik nur mantraartig wiederholen, dass eine Rückkehr zur DM nicht möglich ist, weil die Sparer ihr Geld verlören. Der Druck auf die Regierung wird deswegen aber nicht abnehmen, denn die große Mehrheit der Deutschen lebt „von der Hand in den Mund“ .

Nur eine Minderheit hat noch nennenswerte Sparguthaben, die Mehrheit dagegen leidet unter dem Euro. Die Politik müsste in dieser Frage also nur der Mehrheit folgen und dies als demokratische Glanzleistung verkaufen.

Die Kosten einer neuen DM

Wenn die deutsche Politik in den Presseorganen emsig erklärt, warum wir nicht aus dem Euro aussteigen können, wird häufig die Kosten für die Herstellung und die Dauer der Produktion der neuen DM angeführt.

Wir sollten an dieser Stelle davon ausgehen, dass die Noten längst produziert und somit auch bezahlt worden sind.

Eine Regierung ohne diesen Plan B wäre schlichtweg dumm, denn ein unkontrollierter Zusammenbruch der Währung würde im Chaos enden und damit die Unversehrtheit der Regierung gefährden.

Auch die Tatsache, dass die Bundesregierung von 1962 bis (angeblich) 1989 eine Ersatzserie der damaligen DM in einem Atombunker in Cochem lagerte, um für den „Notfall“ eine unbekannte Währung parat zu haben, deutet auf einen Plan B hin.

Die bis 1989 gebunkerte Ersatzwährungsserie hatte den internen Namen Bbk2, die abgeschafft und vernichtet wurde, da sie nicht mehr den Standards in punkto Fälschungssicherheit entsprach. Aus dem selben Grund wurde ab 1989 auch eine neue offizielle Währungsserie gedruckt (Bbk3), denn die alten Scheine (Bbk1) waren auch nicht mehr fälschungssicher. Die alten Scheine (Bbk1) und die dazugehörige Ersatzserie (Bbk2) wurden gleichzeitig abgeschafft und vernichtet, da beide nicht mehr fälschungssicher waren. Es wurde aber nur eine neue Serie (Bbk3) produziert, eine neue Ersatzserie hingegen nicht. Ich stelle dies in Frage!

Sollte es also doch eine Ersatzserie geben, dann hätte die Bundesbank im Falle der Einführung einer „neuen DM“, den Vorteil bei der Akzeptanz der neuen DM, schließlich ähnelten sich Bbk1 und Bbk2 enorm und wir können davon ausgehen, dass sich Bbk3 und die neue DM (die neuere Ersatzserie) ebenso ähnlich sind.

Zusammenfassung

Frankreich hat Deutschland 1989 in den Euro gezwungen. Bereits kurz nach Einführung der Währung hat die deutsche Politik die Spannungen im Euroraum erhöht, mit der Absicht bald wieder aussteigen zu können. Dazu bedarf es Frankreichs Zustimmung, die nur gegeben wird, wenn es von einem Austritt Deutschlands profitiert oder bei einem Verbleib Deutschlands, Nachteile erleidet. Durch den offenen Ausbruch der Eurokrise vor einem Jahr, wurde die Endphase des Euro eingeleitet. Mehrere Länder der EU und des Euroraums sind quasi bankrott und können nur weiter wursteln, weil Garantien der Nettozahler die Liquidität dieser Staaten sichern. Der Preis ist allerdings hoch, die Südschiene hat Einsparungen vorgenommen, die die Wirtschaft in die Rezession schickt und den Staatsbankrott trotzdem nicht abwendet. Mittlerweile werden sogar die wirtschaftlichen Schwergewichte Italien, Spanien und Frankreich mit dem eigenen Untergang konfrontiert. Wenn Frankreich den Staatsbankrott direkt vor Augen hat, ist der Moment gekommen, an dem die erpresste Einbindung Deutschlands unwichtig ist. Es geht dann nur noch ums nackte Überleben. Es spricht einiges dafür, dass die deutschen Regierungen diese Situation bewusst herbeigeführt oder zumindest sich dieser Entwicklung nicht in den Weg gestellt haben. Die Handlungen auf deutscher Seite sind mit den Absichten, den Euro zu retten, nicht zu vereinen. Ein in sich schlüssiges Bild erhält man nur, wenn der Regierung die absichtliche aber verdeckte Zerstörung des Euro unterstellt wird.

Schlussbemerkung

Bis zum Untergang des Euro wird noch einige Zeit (einige Monate) vergehen, die Sparmaßnahmen im Süden haben ihre volle Wirkung noch nicht entfaltet und der Leidensdruck ist noch nicht groß genug. Aber die Einschläge kommen in immer kürzeren Zeitabständen immer näher. Warten wir's ab!

Amadeus

Bei Fragen, konstruktiver Kritik oder etwaiger Lobhudelei senden Sie mir doch bitte eine E-Mail: amadeus67@gmx.net